

„Abschiebung ist menschenverachtend“

Der Kreisverband der Grünen tagte in Bühl

Bühl (kkö). Die Freihandelsabkommen CETA und TTIP sowie die Flüchtlingssituation standen im Fokus des Kreisverbandes der Grünen (Rastatt/Baden-Baden) bei der jüngsten Mitgliederversammlung. Zunächst verwies Sprecher Thomas Hentschel auf ein Erstarken nationalistischer Tendenzen auch in Deutschland. Zugleich „stehen wir Flüchtlingsströmen gegenüber, die größer als alles sind, was wir bisher erlebt haben“. Auf der Ebene der Menschenrechte müsse ein deutlich größeres Engagement eingefordert werden.

Mit Blick auf die Umwelt sprach er vom Umgang mit Altlasten, Ergebnis einer verfehlten Umweltpolitik; statt des derzeitigen „einzelnefallbezogenen Aktivismus“ der CDU müssten im Angesicht etwa von PFC-Arsen vernünftige Lösungswege gesucht werden.

MdL Bea Böhlen berichtete aus dem Landtag: Sie wies die Kritik der Opposition an den Vorschlägen einer Arbeitsgruppe des Kultusministeriums zum „Gymnasium 2020“ zurück. Die Debatte um das Eckpunktepapier breche die Opposition vom Zaun, weil es ihr an Themen mangle: Unwahrheiten verhinderten hier generell eine inhaltliche Diskussion. Im Bereich Infrastruktur habe die Landesregierung Enormes geleistet, so Hans-Peter Behrens, Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft „Umwelt, Energie und Klima“ der Grünen: „Unsere Regierung hat doppelt so viel in Straßen investiert wie ihr Vorgänger. Ähnliches gilt für die Sanierung von Gebäuden.“

Vertreter der Ortsverbände skizzierten aktuelle Projekte, Clemens Uhing von der Grünen Jugend berichtete unter anderem vom Dialog mit muslimischen Verbänden. Er verlas einen Antrag, erarbeitet von der Grünen Jugend und dem Ortsverband Murgtal, in dem diese sich entschieden für einen Abbruch der TTIP-Verhandlungen aussprechen: Sie seien nicht transparent, die Risiken für den Verbraucherschutz hoch und das

Wirtschaftswachstum, wenn überhaupt, minimal. Es gebe Institute, die gar den Verlust von Arbeitsplätzen und eine noch ungerechtere Verteilung von Einkommen befürchteten. Verschmelze man die größten Wirtschaftskräfte, benachteilige man Entwicklungsländer zusätzlich: Dies werde Flüchtlingsströme weiter steigen lassen.

Bei zwei Enthaltungen wurde der „Antrag für Verbraucherschutz, Kulturvielfalt und Transparenz“ beschlossen, in dem der Kreisverband fordert, dass das CETA-Abkommen zwischen der EU und Kanada nicht ratifiziert wird und die Verhandlungen zwischen der EU und den USA abgebrochen werden.

Freizügigkeit bereits nach drei Monaten

Böhlen skizzierte die enorme Überlastung der BAMF-Außenstelle Karlsruhe (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge): Teils verfügten Flüchtlinge nach Monaten nicht einmal über eine Aufenthaltsgestattung; so dürften sie weder frei reisen noch eine Arbeit aufnehmen. Auch die Familien-Nachzüge syrischer Flüchtlinge stockten: Sie liefen innerhalb des Syrien-Kontingents, dieses aber sei momentan erfüllt. Der Bund müsse hier Verantwortung übernehmen, Länder und Kommunen bei der Unterbringung, Versorgung und Integration dieser Menschen finanziell stärker unterstützen und Personal aufstocken. Anhand von Beispielen schilderte sie auch die „teils menschenverachtende Abschiebung“ von Menschen aus Westbalkanländern.

Einstimmig beschloss der Kreisverband einen Antrag, in dem er die Bundesregierung auffordert, die Einleitung der Anerkennungsverfahren für Flüchtlinge und Asylbewerber so zu beschleunigen, dass sichergestellt ist, dass die Betroffenen tatsächlich von den ihnen zustehenden Möglichkeiten zu einer uneingeschränkten Freizügigkeit im Bundesgebiet nach drei Monaten und einer Aufnahme einer vollen Erwerbstätigkeit nach vier Monaten Gebrauch machen können.